

PKM Europe MITTELSTAND IM MITTELPUNKT

Foto: EU: © Association des Architectes du CIC: Vanden Bossche sprl, CRV s.A., CDG sprl, Studiegroep D. Bontinck

Die hektische Rettungspolitik der Staats- und Regierungschefs hat die Arbeit des Europaparlaments (unser Foto zeigt Brüssel) ein wenig in den Hintergrund treten lassen. Für den Unions-Mittelstand hingegen bringt die Gründung des PKM Europe neuen Schwung

Von Günter F. Kohl

Der Unions-Mittelstand hat sich auf europäischer Ebene neu aufgestellt: Den Beispielen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und nahezu aller Landtagsfraktionen folgend, hat auch die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament einen Parlamentskreis Mittelstand gegründet. Initiatoren und Sprecher sind die beiden Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU). Mit großem Elan sind die beiden Parlamentarier ihre neue Aufgabe angegangen und haben schon innerhalb weniger Wochen eine Menge brandheißer und aktueller Mittelstandsthemen angepackt. Als da wären: Basel III, Berufsqualifikationen, Meisterbrief, DIN-Normen für KMU, Bankenregulierung und natürlich die Vorbereitung der Europawahl im Frühsommer 2014. Im neuen PKM Europe arbeiten 18 der ins-

gesamt 42 deutschen Unions-Abgeordneten mit. Sie sind Teil der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Sie stellt mit 269 Mitgliedern die mit Abstand größte Gruppe im 754 Mitglieder zählenden Europaparlament (EP), das abwechselnd in Straßburg und in Brüssel tagt.

Aktuell: Tachographenpflicht

Zur aktuellen Diskussion über die Verordnung zum digitalen Tachographen, die auch innerhalb der MIT die Wogen hat hochschlagen lassen, traf sich der PKM Europe mit Vertretern der Transportwirtschaft. Nach Meinung Betroffener fehlt es dem Gesetzentwurf vor allem an Praxistauglichkeit. Knackpunkt der Diskussion ist die Kilometergrenze für den Ausnahmeradius, die im Entwurf bei nur 100 km liegt – problematisch für Handwerker in Ballungsräumen und Flächenstaaten. Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich weiter für eine Ausweitung

ein. Außerdem geht es um zusätzliche Ausnahmen für Spezialfahrzeuge. Die Verkehrsexperten der CDU/CSU-Gruppe wandten sich in einem Brandbrief erneut an die Berichterstatterin im EP, Frau Ticaou, und forderten eine praxistauglichere Lösung.

Vorgestellt: Markus Pieper

In Brüssel trafen wir zwischen zwei Ausschusssitzungen einen der beiden Sprecher des PKM Europe, Markus Pieper. Sein Pendant, Markus Ferber, haben wir unseren Lesern bereits in der April-Ausgabe in einem Interview vorgestellt.

Zur in Deutschland viel diskutierten und nicht unumstrittenen EURO-Rettungspolitik der Bundesregierung hat Markus Pieper durchaus eine kritische Sichtweise. Er war maßgeblich daran beteiligt, dass eine Euro-Austrittsoption Eingang ins CDU-Programm fand und verweist da-

rauf, dass gerade im Unions-Mittelstand über Griechenland und Zypern sehr offen diskutiert werde.

Was er bedauert, ist, dass in der Öffentlichkeit die bei der Bewältigung der Schuldenkrise erzielten Fortschritte leider meistens zu kurz kommen. Wer wisse schon, wie zügig die Reformauflagen beispielsweise in Portugal vorankämen oder daß Griechenland bereits einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftete, wenn man die zu zahlenden Zinsen für die Euro-Kredite nicht mitrechne? Auch nehme von den Euroskeptikern, die zum Beispiel über eine neue Partei mit anti-europäischen Themen versuchten, in den nächsten Bundestag zu kommen, kaum jemand zur Kenntnis, dass Deutschland im ESM mit über 25 Prozent Anteil über eine Sperrminorität verfüge. Pieper: Bei aller Skepsis und berechtigten Kritik an Europa und seinem Erscheinungsbild werde die gegenwärtige Krise von den Staats- und Regierungschefs durchaus gut gemanagt.

In Deutschland gelinge Bundeskanzlerin Angela Merkel der Spagat zwischen dem Programm der Union und den nationalen deutschen Interessen einerseits und den europäischen Handlungs-Notwendigkeiten andererseits hervorragend. Es sei halt ein Unterschied, ob man als Regierungschefin Verantwortung trage oder in



Dr. Markus Pieper ist seit 2004 Europaabgeordneter aus dem Münsterland/ NRW und Vorsitzender der Europa-Kommission der MIT

der Opposition Forderungen stelle. Mit einer SPD-geführten Bundesregierung in Deutschland hätten wir in Europa flächendeckend wahrscheinlich längst „einen Schuldensozialismus“ mit Eurobonds, dem EU-Altschuldentilgungsfonds und einer grenzüberschreitenden Haftung von Spareinlagen. Da ist sich Markus Pieper sicher.

Im nächsten Jahr wird im Mai oder Juni nach fünf Jahren wieder ein neues Europaparlament gewählt. Um einen Ausblick gebeten, wägt Markus Pieper ab. Natürlich

sei das Parlament in letzter Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Rettungspakete bestehen nun mal hauptsächlich aus dem Geld der Nationalstaaten, und das Schnüren solcher Pakete bedarf nicht der Zustimmung der europäischen Volksvertretung. Er ist aber sicher, dass die 500 Mio. Menschen in Deutschland und in den anderen 26 Mitgliedsstaaten der EU die Bedeutung dieser Volksvertretung hoch einschätzen und sie als Gegengewicht zu den Regierungen der Nationalstaaten weiter stärken.



Hanna Müller-Zick verstärkt das Team der beiden PKM-Sprecher, koordiniert geschäftsführend die Arbeit des Mittelstandskreises, organisiert Veranstaltungen, Gespräche und Begegnungen und hält den Kontakt zur Mittelstandsvereinigung und zur Mittelstandsunion in Bayern. Die junge Saarländerin hat im niederländischen Maastricht Volkswirtschaft studiert und erste berufliche Erfahrungen beim DIHK und beim Ausschuss der Regionen in Brüssel gesammelt.

Kontakt: hanna.mueller-zick@europarl.europa.eu

Berufsbilder nicht europaweit gleichschalten

Zur geplanten EU-Berufsanerkennungsrichtlinie traf sich der Mittelstandskreis der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion (PKM Europe) mit Vertretern der deutschen Wirtschaft (DIHK und ZDH) sowie der Europäischen Kommission. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der gemeinsame europäische Ausbildungsrahmen. Tenor der Runde: Die Richtlinie gibt wichtige Anreize für die duale Berufsausbildung in ganz Europa. Sorge besteht jedoch vor neuen Kompetenzen der Europäischen Kommission, Ausbildungsinhalte und Berufsbilder europaweit einheitlich festzulegen. Eine europaweite Gleichschaltung der nationalen Ausbildungssysteme könne für Staaten mit bestehenden erfolgreichen dualen Ausbildungsstrukturen nur eine Nivellierung von Ausbildungsinhalten nach unten bedeuten.



Die Teilnehmer der Diskussionsrunde des Parlamentskreises Mittelstand Europe. Von links: Markus Ferber, MdEP (CSU), Sabine Hepperle und Barbara Fabian (DIHK), Thomas Mann, MdEP, Peter Liese MdEP, Markus Pieper MdEP, Holger Schwannecke und Karin Rögge vom ZDH, Andreas Schwab, MdEP und Jürgen Tiedje (EU-Kommission)